

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 78 (1981)

Heft: 10

Artikel: Soziale und wirtschaftliche Aspekte der Ballungszentren und Berggebiete : mangelndes Verständnis für eine gegenseitige Abhängigkeit oder Interessenkonflikt?

Autor: Dini, Marco

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Soziale und wirtschaftliche Aspekte der Ballungszentren und Berggebiete – mangelndes Verständnis für eine gegenseitige Abhängigkeit oder Interessenkonflikt?

Referat von Dr. Marco Dini anlässlich der 57. Jahreskonferenz des Groupement romand des institutions d'assistance publique et privée vom 11. Juni 1981 in Sitten.

Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Damen
Werte Herren

Die im Titel aufgeworfene Frage ist vielleicht etwas hart gestellt. Sie ist jedoch nicht neu. Seit langem weiss man um die zunehmende Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft in den Ballungszentren und die Entleerung der Berggebiete, mit all den daraus erwachsenden wirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Problemen und Spannungen.

Zahlreich sind auch die Lösungen, die man vorgeschlagen hat, um die Probleme anzugehen. Aus den verschiedensten Erklärungen und Stellungnahmen ist aber immer wieder erkennbar, dass der Weg zu einem gegenseitigen Verständnis mit vielen Hindernissen belegt ist.

Handelt es sich um mangelndes Verständnis oder um einen echten Interessenkonflikt?... Die Antwort auf diese Frage ist für die Minderheit, welche im Berggebiet lebt, von lebenswichtiger und dringender Bedeutung. Die Beziehungen und die Information zwischen den hochindustrialisierten Kantonen und den weniger entwickelten Bergkantonen werden immer schwieriger und führten zu einer immer stärkeren Belastung unseres traditionellen Föderalismus und des Zusammenlebens zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Dies sowohl in kultureller als auch sozioökonomischer Hinsicht.

Haben wir also in den vergangenen Wohlstandsjahren infolge von Anspannung, Konkurrenzdruck, Hetze und wirtschaftlichem Erfolgsdenken ein wenig aneinander vorbeigelebt? Sicher kommen sowohl im Berggebiet wie in den Städten Diskussionen in Gang. Leider sind diese jedoch meistens geführt im Stil von Monologen, ohne sich gleichzeitig genügend über den Standpunkt und die Probleme des anderen zu orientieren und zu bekümmern. Wir verwenden zu einem grossen Teil dieselben Begriffe, Argumente und Schlagwörter, verstehen letztlich darunter jedoch ganz Verschiedenes, wenn nicht sogar Gegenteiliges.

Hier und dort bestehen Klischeevorstellungen und Vorurteile, die unbedingt abzubauen sind.

Denken wir an das volkstümliche Wallis mit seinen Trachten, den Maultieren, die Alpen, die Ringkuhkämpfe, die Racletten, die Kellerbesichtigungen, die Geschichten von Savièse, aber auch an das Wallis der politisch gefärbten Musikgesellschaften und ihrer Feste, der allmächtigen Ortspfarrern, der selbstherrlichen Gemeindepräsidenten, der Wahlkämpfe, der «untertänigen» Frauen usw...

Bevor ich im konkreten auf einige Probleme näher eintreten werde, möchte ich kurz die heutige Lage und die mutmassliche Entwicklung in unserm Land skizzieren.

I Heutige Lage

Bevölkerung

Im Jahre 1850 lebten noch 88% der Bevölkerung unseres Landes in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, und nur 6% in den sog. Städten ab 10 000 Einwohnern. 1970 waren es nur noch 41%, die sich auf alle Gemeinden unter 5000 Einwohnern verteilten, aber bereits 45%, die in den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern lebten. Bei einer gesamtschweizerischen Bevölkerungszunahme von 15% zwischen 1960 und 1970 haben mehr als 30% aller Gemeinden an Bevölkerungssubstanz verloren. Die Zahlen der Volkszählung 1980 bestätigen diesen Trend.

Die der andauernden Entleerung ausgesetzten Räume der Schweiz befinden sich vor allem im Berggebiet, während die Agglomerationen im Mittelland sind. So leben heute im Berggebiet, das allein 51% der gesamten Landesfläche der Schweiz umfasst, nur noch 500 000 Einwohner oder 8% der Wohnbevölkerung, während in den Agglomerationen, die nur 5% der Landesfläche ausmachen, 3,3 Millionen Menschen oder 54% der Bevölkerung leben. Dazwischen liegt das Talgebiet – wie dies in der Schweiz charakterisiert wird: Auf einer Landesfläche von 44% leben immerhin 2,4 Mio. Leute oder 38% der Gesamtbevölkerung.

Es ist zu vermuten, dass sich diese ungleichmässige Bevölkerungsverteilung und die daraus resultierenden Strukturprobleme, ohne korrigierende Eingriffe, noch weiter verschärfen werden.

Symptome dieser ungünstigen strukturellen Entwicklung im Berggebiet sind u. a. die Abwanderung der Jungen, der schwache Anteil der aktiven Bevölkerung zwischen 20 und 40 Jahren, die Überalterung.

Die kleine Minderheit im Berggebiet zerfällt aber durch die sprachliche und damit verbunden auch kulturelle Trennung (Französisch, Deutsch, Italienisch und Romanisch) noch weiter in vier Blöcke, welche die gegenseitige Verständigung und vor allem auch die Zusammenarbeit wesentlich erschweren. Dementsprechend geteilt sind auch die politischen Richtungen, was eine gemeinsame, stärke-

re Interessenvertretung auf kantonaler und eidgenössischer Ebene praktisch unmöglich.

Bedingt durch die besondere topographische Struktur des Berggebietes ist das Berggebiet von der übrigen Schweiz relativ stark abgeschlossen. Diese Abgeschlossenheit hat weitgehend das natürliche Verhalten, vor allem aber die Mobilität und die Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten der Bergbevölkerung weitgehend bestimmt, d.h. eben eingeschränkt. Gerade als Folge dieser besonderen Situation ist das Verständnis zwischen Berg- und Agglomerationsbevölkerung auch heute vielfach erschwert.

Anderer Art, aber nicht minder gross, werden zunehmend die Probleme von Regionen mit dauerndem Zustrom an Zuwanderern. Verstädterung, Überbelastung der Infrastruktur, Austrocknung des Wohnungsmarktes, zumindest von preisgünstigen Wohnungen, Umweltbelastung, gesellschaftliche Ungleichgewichte zeigen sich hier als bedrohliche Auswirkungen der unablässigen Ballung.

Arbeitsmarkt und Einkommen

Bedingt durch die aus der Abgelegenheit, den verkehrstechnischen und topographischen Schwierigkeiten resultierenden schlechten wirtschaftlichen Standortvoraussetzungen, ist die wirtschaftliche Entwicklung des Berggebietes weit hinter jener der übrigen Gebiete zurückgeblieben. Das Arbeitsplatzangebot im Berggebiet liegt sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht hinter demjenigen der übrigen Schweiz. Dies ist und bleibt der wichtigste Grund der starken Abwanderung der letzten Jahrzehnte aus den Bergdörfern. Zudem zeigte gerade die letzte Rezession, dass auch die Sicherheit der vorhandenen Arbeitsplätze geringer ist, da vor allem im Industriebereich ein Grossteil durch die Ansiedlung von Zweigbetrieben geschaffen wurden, welche in Zeiten der Rezession zuerst wieder geschlossen werden.

Analog der Arbeitsplatzlage hat sich auch die Kapitalkraft entwickelt. Das Berggebiet ist auch heute für seine notwendigen Investitionen noch weitgehend auf Fremdkapital angewiesen, was sich vor allem in Zeiten der Kapitalknappheit negativ auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt hat. Demgegenüber ist die Eigenfinanzierungsmöglichkeit in den übrigen Gebieten der Schweiz ganz wesentlich höher. Eingriffe in den offiziellen Kapitalmarkt treffen deshalb das Berggebiet ungleich stärker.

Aus diesem Grunde hat sich allmählich ein eklatantes Wohlstandsgefälle zwischen Berggebieten und industrialisierten Ballungszentren herangebildet. Das gewaltige Wachstum der Wirtschaft im vergangenen Vierteljahrhundert hat dieses Gefälle nicht kleiner werden lassen, obwohl auch die Schwächeren vom zusätzlichen Kuchen profitieren durften.

Im Gegensatz zum materiellen Wohlstand ist das Gemeinwohl und die Wohlfahrt schwer messbar. Wir wissen aber, dass die schwache Bevölkerungsdichte und der wirtschaftliche Rückstand die Erstellung der nötigen Infrastruktur zum Angebot von Konsumgütern und Dienstleistungen hindert. Im Bildungs- und Gesundheitswesen verhindert ganz einfach die geringe Bevölkerungsdichte alle jene Anlagen, welche für eine vollständige Versorgung der Bevölkerung notwendig wären, während die Agglomerationsgemeinden des Mittellandes vom breiten Bildungsangebot und dem spezialisierten Gesundheitswesen der Städte profitieren. Zwar sind auch in den Kleinzentren des Berggebietes die Ausbildungsstätten sowie die ärztliche Versorgung stark ausgebaut worden, für die übrigen Gebiete und Talschaften sind diese aber als Folge der langen Anmarschwege nur beschränkt erreichbar bzw. ihre Benutzung mit grossen Umständen verbunden.

Als Folge der mangelnden Kapitalkraft, des Abseitsstehens wichtiger Investoren wie u. a. Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen sind die Wohnverhältnisse im engeren Sinne – also die Gebäulichkeiten und der Wohnkomfort – ebenfalls schlechter als in den Agglomerationen und dem Mittelland. Der Wohnungsbau hat zwar im Berggebiet in den letzten Jahren wohl einen riesigen Aufschwung erlebt, denken wir an den Zweitwohnungsbau in den touristischen Stationen; gerade in den eigentlichen Bergdörfern fehlen heute aber noch gewisse Voraussetzungen für die Sicherstellung angepasster, gesunder Wohnverhältnisse.

Dagegen profitiert die Bergbevölkerung – ohne sich indes darüber stark bewusst zu sein – von der besonderen Qualität ihres Lebensraumes als Wohngebiet. Die reine Luft, die freiere Umgebung sind in der Regel noch gegeben. Weil man nichts anderes kannte, werden jene jedoch als selbstverständlich angenommen, und man denkt an das materielle Wohlstandsgefälle. Bei der Beurteilung der Attraktivität unter dem Gesichtspunkt nicht zu sehr der Gleichheit als vielmehr der Gleichwertigkeit wäre hier ein Punktevorteil für die Bergregionen zu verbuchen. Das gleiche kann auch im Bereiche von Sport und Erholung gesagt werden, wenn es sich um ein touristisch entwickeltes Gebiet handelt. Wo diese Entwicklung nicht stattgefunden hat, sind die fehlenden Einrichtungen im Bereiche des Sports, der Erholung und der Freizeit neben den mangelnden Arbeitsplätzen wohl der wichtigste Grund für die Abwanderung.

Schliesslich sei noch die Verkehrserschliessung erwähnt. Vieles wurde verbessert, sowohl der Anschluss der Bergregionen an die Agglomerationen als auch die Feinerschliessung der einzelnen Talschaften im Berggebiet selber. Vor allem durch die Zunahme des individuellen Verkehrs sind die Bergdörfer rascher erreichbar geworden. Die schwache Bevölkerungsdichte verunmöglicht jedoch auch nur eine annähernd gleichwertige Versorgung unserer Bergdörfer mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Soweit einige Bemerkungen zur heutigen Lage.

II Probleme und Konflikte

Ich möchte nun zur eigentlichen Kernfrage vorstossen, nämlich zur Frage, ob das Verständnis für die gegenseitige Abhängigkeit fehlt, welches, kurz gesagt, in einem Informationsmangel zum Ausdruck kommt, oder ob in der Tat ein echter Interessenkonflikt besteht. Die folgenden Ausführungen erheben nicht den Anspruch, die komplexe Gesamtproblematik unter allen Gesichtspunkten zu beleuchten und eine abschliessende Antwort zu geben.

Ich beschränke mich auf die Aspekte der *Bevölkerung*, der *Wirtschaft*, der *Politik im allgemeinen* und der *Information*.

Das Problem Agglomerationen–Berggebiet kann nämlich auch unter dem Gesichtspunkt der *sozialen Kosten* beleuchtet werden. Ohne dass wir uns dessen bewusst sind, erwachsen unserer Volkswirtschaft durch diese Entwicklung soziale Kosten, die immer stärker ins Gewicht fallen.

In den Entleerungsgebieten sind dies u.a. Kosten, die durch die Nichtbenutzung von bestehenden Infrastruktureinrichtungen wie z.B. Wohnungen und Versorgungsnetze, Wasser, Elektrizität, Abwasser usw. entstehen. Zusätzliche Ausgaben, welche die zurückbleibende Bevölkerung für den mehr oder weniger guten Unterhalt von oftmals disproportionierten Einrichtungen entrichten muss. Denken wir hier z. B. an die Schulen, zusätzliche Kosten für die Behandlung brachliegender bzw. vergandeter Flächen, die landwirtschaftlich nicht mehr genutzt werden.

Und warum nicht von jenen Kosten sprechen, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lassen, die aber in den Problemen und Schwierigkeiten jener Leute zum Ausdruck kommen, die ein Gebiet verlassen und irgendwo eine oftmals untergeordnete Stellung oder Tätigkeit in der Stadt suchen müssen und sich oft nur mit viel Mühe integrieren können.

Und schliesslich, wie bereits gesagt, derweil initiative und talentierte Kräfte gezwungen sind, anderswo ihre Möglichkeiten zur Entfaltung zu bringen.

Wenn diese sozialen Kosten der Entleerungsgebiete auf der anderen Seite eine annähernd gleiche Summe offensichtlicher Vorteile für die städtischen Zentren brächten, so müssten die sozialen Kosten akzeptiert werden. Aber in Wirklichkeit verursachen die Nachteile einer massiven Konzentration ebenfalls erhebliche soziale Kosten.

Darunter fallen auch Ausgaben der öffentlichen Hand, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl stärker als proportional steigen, wenn das Bevölkerungswachstum eine gewisse Schwelle überschritten hat.

Zur Sicherstellung einer grösstmöglichen Wohlfahrt für die Gesamtbevölkerung postuliert der Bund eine Dezentralisation der Besiedelung mit regionalen und überregionalen Schwerpunkten als optimale Verteilung von Bevölkerung und Wirtschaft. Wie wir gesehen haben, laufen die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte und die heute absehbaren Tendenzen diesem Grundsatz zuwider.

Es ist unbestritten, dass die schweizerische Mehrheitsmeinung diesen Grundsatz der Dezentralisation nach Schwerpunkten nicht übernommen hat und immer noch der Auffassung ist, dass dem Berggebiet und seiner Bevölkerung lediglich eine komplementäre Rolle zukommt, nämlich als schöne Landschaft und unberührte Bergwelt, im Sinne etwa eines Naturreservates bzw. eines Erholungsraumes. Und noch bis vor kurzem galt das Berggebiet auch noch als Arbeitskräftereservoir für die industrialisierten Gebiete.

Die unaufhaltsame Entleerung auf der einen bzw. Bevölkerungskonzentration auf der andern Seite führen zu gewissen sozialen Problemen und Spannungen. Im Berggebiet sind es vor allem die Überalterung, mangelnde Versorgung im Infrastrukturbereich und bei den Gütern des täglichen Bedarfs, Belastung der Kinder durch lange Schulwege, Verunmöglichung der Bereitstellung genügender Ausbildungsmöglichkeiten usw.

In den Ballungszentren zeigen sich dagegen immer mehr Probleme der menschlichen Entfremdung in der Masse, der Überbeanspruchung der Infrastruktur, der wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen der Allgemeinheit und auch Probleme des zunehmenden gesellschaftlichen Ungleichgewichtes mit den daraus resultierenden sozialen Belastungen und Spannungen. Durch das Wirtschaftswachstum wird in den Agglomerationen die Umwelt am stärksten beansprucht. Die Umweltprobleme sind heute zum Teil so gross, dass man sie nicht mehr lösen kann und will.

Die unaufhaltsame Verstädterung hat auch zu einer Veränderung in der Wertordnung selber geführt. Das gegenseitige Verständnis leidet heute auch wegen der unterschiedlichen Auffassung über persönliche Freiheit und Selbständigkeit. Von der wirtschaftlichen Entwicklung vielleicht schon lange überholt, ist der Bergler freier Bauer und Bodenbesitzer geblieben. Der grossen Masse in den Agglomerationen ist diese Beziehung zu Grund und Boden weitgehend verlorengegangen. Aspekte des Mieters und des Konsumenten sind vorherrschend.

Wenn im Bewohner des Berggebietes der Wunsch nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt besteht, heisst dies nicht, dass in kulturellen, religiösen und politischen Belangen nicht eher eine konservativ-traditionelle Haltung eingenommen wird und konkret in gewissen Bereichen auch in der Erhaltung von gegebenen Strukturen zum Ausdruck kommt. Das Subsidiaritätsprinzip ist insbesondere auf politischer Ebene als weltanschauliche Philosophie überall stark verankert.

Die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung hat schliesslich auch zu einer Veränderung im Demokratie-Verständnis und im politischen Gleichgewicht unseres föderalistischen Staatswesens geführt. Der Informationsmangel, auf den ich zum Abschluss meiner Ausführungen zurückkommen möchte, hat hier weitgehend die unterschiedlichen Positionen verhärtet. Ein Beispiel: Mehrheitsentscheide des Volkes, die am Ständemehr scheitern, verleiten weite Kreise immer mehr, bewährte Institutionen und Instrumente unserer demokratischen Staatsordnung wie den Ständerat und das Ständemehr in Frage zu stellen.

Zur Wirtschaft

Wenden wir uns nun dem wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bereich zu. Hier ist von der Tatsache auszugehen, dass, solange das Einkommen der Bergbevölkerung immer noch wesentlich tiefer als dasjenige der übrigen Schweizer liegt, die Flucht in die Stadt nicht gebremst werden kann. Die Gründe für das grosse Einkommensgefälle liegen beim quantitativ wie qualitativ ungenügenden Arbeitsplatzangebot, wie dies aus meinen Ausführungen bei der Skizzierung der Lage zum Ausdruck kommen sollte.

Ohne Zweifel sind die wirtschaftlichen Standortvoraussetzungen im Berggebiet weniger günstig als in den übrigen schweizerischen Wirtschaftsräumen. Demgegenüber weist aber dieses Gebiet die besten natürlichen Voraussetzungen für Erholung und Tourismus auf. Um so mehr ist es deshalb notwendig, dass dieses vorhandene Wirtschaftspotential optimal ausgeschöpft werden kann. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Schweiz ca. einen Viertel des westeuropäischen Alpenraumes umfasst. Die Funktion als Erholungsraum ist deshalb nicht nur in bezug auf die Schweiz, sondern über die Landesgrenzen hinaus zu Europa zu setzen.

Der Städter projiziert aber seine Vorstellungen über Wachstum und Wohlstand vielfach automatisch auf die Randgebiete und realisiert nicht, dass diese einen unterschiedlichen Entwicklungsstand aufweisen und somit auch anders zu den Gegenwartsproblemen eingestellt sind. Vor allem wird vom Städter heute meistens vorausgesetzt, dass ein Bergbauer oder ein Arbeiter im Berggebiet ebenso sehr von den Auswüchsen des Wachstums- und Wohlstandsdenkens geprägt ist wie der Stadtbewohner.

Auch die Bewohner im Berggebiet empfinden es, dass in gewissen Regionen die Umwelt unzumutbar beansprucht wurde und immer noch wird. Aber von unklugem Wohlstandsdenken zu reden ist einfacher, wenn man reich ist. Die materiellen Probleme bedrängen den Bergler um ein Mehrfaches stärker als den Städter und sind anders gelagert. Es wird heute jedoch vorausgesetzt, dass einem Bergbauern das Wachstumsdenken ebenso zum Halse heraushängt wie einem Genfer Studenten oder Basler Alpinisten.

Politik im allgemeinen

Im gleichen Zusammenhang möchte ich auch kurz die Politik des Bundes streifen. Ohne die positiven Wirkungen der durch den Bund geschaffenen Instrumente zur Unterstützung und Förderung der wirtschaftlich schwachen Kantone und Regionen herabmindern zu wollen – ich denke hier vor allem an den Finanzausgleich, an die Landwirtschaftspolitik zugunsten der Bergbauern, an die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungskonzepte und die Investitionshilfe für Berggebiete –, ohne diese spezifischen Instrumente der Regionalpolitik in irgendeiner Weise in Frage zu stellen, müssen wir feststellen, dass der Bund in allen anderen Tätigkeitsbereichen wenig oder nichts unternimmt, um gegen die Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft anzukämpfen. Die Disparitäten werden sogar verstärkt, weil die Bundespolitik in gleicher Richtung zielt und die Markttendenzen verstärkt werden. Aufschlussreiche Beispiele sind etwa: die Verkehrs- und die Energiepolitik, wo nicht einmal die Gesamtkonzeptionen eine gewisse Korrektur brachten. Um ein Beispiel aus unserm Kanton zu erwähnen, wir warten nach wie vor auf eine Strassenverbindung nach dem Norden, welche vorrangige Verkehrssorge unseres Kantons bleibt. Der Bau des Rawiltunnels ist von grosser Bedeutung, und in der Zwischenzeit bleiben die Verladegebühren am Lötschberg nach wie vor unverändert hoch.

Die Nutzung der Wasserkräfte wird auf Grund der Bundesgesetzgebung ungenügend abgegolten, und die Wasserzinssätze sind nicht einmal der Inflation angepasst!

Der Bund versucht über seine eigenen Arbeitsplätze ebenfalls nicht regionalpolitisch wirksam zu werden. 7 von 10 Arbeitsplätzen des Bundes befinden sich in einer der 5 grossen Agglomerationen. Wir müssen sogar feststellen, dass Arbeitsplätze aufgehoben werden, z. B. auf dem Bahnhof in Brig oder bei der Festungswache.

Bereits als «traditionell» seien der Natur- und Heimatschutz und die Gesetzgebung des Erwerbs von Grundstücken durch Ausländer, die sog. «Lex Furgler», erwähnt. Ich will mich nicht beim Verkauf an Ausländer aufhalten, dessen Problematik mehr oder weniger bekannt ist. Vielmehr möchte ich etwas beim Landschaftsschutz und seiner Probleme verweilen.

Immer mehr wird der Bau von touristischen Bahnen und Skiliften sowie von Pisten durch allzu überdrehte Interessen des Natur- und Heimatschutzes ernstlich gefährdet oder verunmöglicht. Während Jahrhunderten musste die Bergbevölkerung gegen die rebellische Natur ankämpfen, um ihr schwerlich ein Minimum an Sicherheit und Existenzgrundlage zu entreissen. Wenn sie im Kontakt zu dieser Natur gelebt hat, dann vielmehr in einem dauernden Kampf und ungewollten Respekt als in einer freundschaftlichen Beziehung. Denken wir an die zahlreichen Bachüberschwemmungen, an die Lawinen, an die Terrainbewegungen und Erdbeben usw. Warum also sich wundern, dass diese lange Auseinandersetzung

nicht tiefe Spuren hinterlassen hat, welche noch heute die Bergbevölkerung prägen. Die modernen mechanischen Mittel und die Möglichkeit, die Tücken der Natur zu beherrschen, sind als Sieg zu betrachten; den man gänzlich auskosten möchte. Diese Gefühle lassen sich leicht erklären und müssen verstanden werden.

Auf der anderen Seite waren die Besucher aus den Städten und vom Ausland eher rar bei uns. Die Massen blieben aus, denn der Tourismus war weitgehend Sache der Besitzenden. Die Ferien verbrachte man ausschliesslich im Sommer, die relativ wenig infrastrukturelle Ausrüstung forderten; einige Hotels und Pensionen, einige Chalets und sehr wenig Bahnen und Seilbahnen genügten, um den Bedarf zu decken.

Einmal mehr sind es bevölkerungsmässige Konzentration in den Agglomerationen und die damit verbundene bedeutende Erhöhung der Einkommen, welche die enormen Verschiebungen während der Ferien in die Berggebiete zur Folge haben, was natürlich für die Bergbevölkerung sehr erfreulich ist. Dazu nahm der Wintersport durch seine Breitenwirkung ungeahnte Dimensionen an. Durch die hierzu benötigten Anlagen wurde die Natur vermehrt und stärkeren Belastungen ausgesetzt.

Die neue Lage ist durch eine starke Nachfrage aus den Städten charakterisiert, welche ihrerseits ihren ausgesprochenen wirtschaftlichen Rückstand aufholen möchten. Die ganze Operation mündet in ein bestens bekanntes Phänomen: jeder möchte vor allem, was der andere besitzt. Der Städter möchte beim Verlassen der Stadt den Charme einer natürlichen Umwelt wiederfinden, den die Stadt verloren hat. Und um dies zu erreichen, läuft er Gefahr, durch die staatliche Hand alles das, was ausserhalb dieser seiner Stadt liegt, unverändert erhalten zu wollen. Der Bewohner im Berggebiet betrachtet neidisch die Statistiken in den einzelnen Kantonen – wie ich dies ausgeführt habe – und versteht nicht, mit welchem Recht man ihm verbieten soll, zumindest teilweise den wirtschaftlichen Rückstand wettzumachen, unter dem er leidet.

In etwa so kann das Kernproblem des Dilemmas im Landschaftsschutz natürlich ein wenig schematisiert dargestellt werden.

Information

In diesem Rahmen wird die Information zum Schlüsselwort einer möglichen Lösung der Probleme.

Die Bevölkerung der Berggebiete hat das Recht und die Pflicht, ihre Wirtschaft auf einen Stand zu bringen, der eine angemessene Besiedlung und einen schweizerischen Lebensstandard gewährleistet. Diese Zielsetzung stimmt mit der Raumordnungspolitik des Bundes überein und ist zumindest als Aufgabe bereits im Raumplanungsgesetz verankert.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe ist aber nur möglich, wenn es gelingt, die Gesamtheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass eine harmonische Ent-

wicklung der Berggebiete im Interesse aller liegt, also auch im Interesse der Ballungszentren. Die Bevölkerung in den Ballungszentren bringt den Problemen der Bergbevölkerung um so mehr Interesse entgegen, als sie die Kriterien der Lebensqualität besser differenzieren und kritischer beurteilen lernt. Die kleine Minderheit im Berggebiet, die die Hälfte des schweizerischen Lebensraumes zu gestalten hat, muss ihre Anliegen der Mehrheit des Schweizervolkes als gesamtschweizerisches Anliegen einsichtig machen.

Heute ist dies jedoch keineswegs der Fall. Die Minderheit kann die massgebliche öffentliche Meinung nicht beeinflussen. Die Information aus den Berggebieten und über die Berggebiete erfolgt heute fast ausschliesslich durch Leute und Organisationen, die der Überzeugung sind, dass diesem Raum lediglich eine komplementäre Rolle zukommt. Der notwendige Verständigungsprozess krankt zurzeit an einem Übergewicht der Information aus den Ballungsräumen. Es scheint daher notwendig zu sein, diesen Informationsfluss zu korrigieren und die Randregionen effizienter zum Zuge kommen zu lassen. Ziel dieser Bestrebungen ist es, dass Mehrheit und Minderheit, Randgebiete und Ballungszentren in einem echten Dialog ihre Wünsche und Forderungen äussern.

Ich schliesse mit drei Schlussfolgerungen:

1. Die Bevölkerung der Bergregionen, die etwa die Hälfte des Territoriums der Schweiz bewohnt, und die die Aufgabe hat, diese grossen Lebensräume zu bewirtschaften, kann die massgebliche öffentliche Meinung praktisch nicht beeinflussen. Die Information aus den Berggebieten und über die Berggebiete erfolgt heute fast ausschliesslich durch Leute und Organisationen, die der Überzeugung sind, dass diesem Raum eine komplementäre Rolle zukommt.

2. In der schweizerischen Öffentlichkeit finden die Probleme und Bedürfnisse des Berggebietes heute wohl Verständnis und Hilfsbereitschaft. Man ist allgemein bereit, sich die Liebe zum Berggebiet auch etwas kosten zu lassen, allerdings immer nur in dem Sinne, dass das Berggebiet jene Rolle erfüllt, welche im Bewusstsein der Mehrheit der schweizerischen Öffentlichkeit verankert ist. Eine wirtschaftliche Sanierung kann deshalb nur gesichert werden, wenn es gelingt, hier einen Meinungsumschwung herbeizuführen, d.h. die wirklichen Probleme und Bedürfnisse des Berggebietes durch eine breitere Information in der schweizerischen Öffentlichkeit zu verankern.

3. Die Politik der wichtigsten Informationsträger (Fernsehen, Radio, grosse Tageszeitungen) richtet sich naturgemäss aus auf die Bedürfnisse und Wünsche der Mehrheit. Die Anliegen der Randgebiete finden deshalb in diesem Informationskonzept praktisch keinen Raum. Die möglichen daraus resultierenden staatspolitischen Konsequenzen zeichnen sich heute schon ab. Die Vernachlässigung der Minderheiten könnte längerfristig die Grundpfeiler unseres Staatsgefüges, Demokratie und Föderalismus in Frage stellen.

Dr. Marco Dini, Delegierter für
Wirtschaftsfragen des Kantons Wallis